



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juni 2018

Der neue Landesvorstand



v.l.n.r.: Helli Laab, Anke Ehlers, Angelika Traversin, Gilbert Siegler, Wiebke Haßelbusch, Martin Wittmaack, Peter Wils, Rainer Behrens, Sabine Wils, David Stoop, Ulla Taha, Florian Muhl, Simon Dhemija, Christian Kruse, Irina Schnittke, Metin Kaya (Foto: Harald Singler)

Es fehlen: Olga Fritzsche, Regina Jürgens, Maria Westberg. Und wieder Kristian Glaser, der vom Landesparteitag erneut nicht gewählt wurde.

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe:
Dienstag, 03.07.2018

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bericht BMV 16.5.	S. 2
Kurzbericht Landesparteitag	S. 3
Beschlossene Anträge zum LPT	S. 4
Beschlossene Anträge zum BPT	S. 5
Pflegeinitiative	S. 7
Bericht ICAN-Veranstaltung	S. 8
Termine Wilhelmsburg	S. 9
Termine / Kontakt	S. 10

Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung vom 16. Mai 2018

Etwa 25 Genoss*innen beteiligten sich bei der letzten BMV an der Vorbereitung des Bundes- und des Landesparteitags. Es wurden einige Änderungsanträge für die prinzipielle Opposition unserer Partei zur neoliberal-kapitalistischen Gesellschaft in entscheidenden Fragen auf den Weg gebracht.

Zum Bundesparteitag

Zunächst gab Kristian Glaser eine Einschätzung zur konstituierenden 1. Tagung des 6. Bundesparteitags der LINKEN vom 08.-10. Juni 2018. Die Anträge des Parteivorstandes enthielten gute Analysen und Schlussfolgerungen. Gehemmt werde dies jedoch durch eine ausgeprägte Fokussierung auf die Parlamente, in denen derart weitreichende Ziele kaum zu verwirklichen sind, weil dort die Entfaltung kritischen Bewusstseins und gestaltenden Engagements seitens der Bevölkerung nicht stattfindet. Positiv verbuchte er vor diesem Hintergrund die Vielzahl politischer Anträge aus der Parteibasis.

In der Diskussion warfen einige Genoss*innen die Frage auf, ob diese Anträge nicht ein Trugbild vor dem Hintergrund der Abschiebungen trotz linker Regierungsbeteiligung und der unsäglichen Machtkämpfe in der Bundestagsfraktion abgäben. Dem wurde entgegen gehalten, dass die Parlamente das Trugbild seien. Das kopflose Agieren in den selbigen (Ausnahmen bestätigen die Regel) werde als Trugbild der LINKEN offenbarer, wenn mehr Genoss*innen und Gliederungen selbstbewusst kritisch und gesellschaftlich oppositionell auftreten (z.B. mit Anträgen).

So wurden folgerichtig Änderungen an den Leitanspruch des Parteivorstandes für einen konsequenzenreichen Antifaschismus beschlossen, Stoßrichtung (statt nur „dagegenhalten“): Dem Sozialdarwinismus der Rechten und ihrem Versuch der Ablenkung des gesellschaftlichen Unmuts auf Sündenböcke den Boden entziehen - durch Aufklärung über die realen Ursachen und Verursacher der sozialen Misere genauso wie über die Alternative einer Gesellschaft der Freien und Gleichen - in Einheit mit echten sozialen Verbesserungen für alle Menschen.

Ebenfalls beschlossen wurde auf Vorschlag von Theresa Jakob ein Änderungsantrag, mit dem wir eine Anhebung der Ausgaben für Entwicklungshilfe (die ihren Namen auch verdient) auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes -statt des NATO-Ziels auf diesen Anteil aufzurüsten- als Forderung der LINKEN aufnehmen wollen.

Auch die Änderungsanträge an den Antrag „80 Jahre nach der Reichspogromnacht“ der Emanzipatorischen Linken sowie zum Antrag „Abrüsten! Deeskalation ist das Gebot der Stunde“ des Parteivorstandes wurden mit einigen Präzisierungen beschlossen. Somit wollen wir die türkische Diktatur auch so nennen und die Bundesregierung auffordern dafür zu sorgen, dass der völkerrechtswidrige Einmarsch der türkischen Armee in Syrien beendet wird - statt ihn nur zu verurteilen. Außerdem wollen wir die Profitheckerei mit Rüstungsexporten aus Deutschland als Teil der Geostrategie der NATO klarer angreifen.

Zum Landesparteitag

Die Grundlinien der innerparteilichen Auseinandersetzungen als ähnliche wie auf Bundesebene ausgemacht, ging es schnurstracks über zu den Änderungsanträgen an den Landesparteitag, auch hier zunächst an den Leitanspruch des Landesvorstandes. Dessen wesentliche Schwächen wurden ebenfalls in der Parlamentsfixierung und hinsichtlich mangelnder Ambition ausgemacht, unsere solidarische und emanzipatorische Parteilkultur auszubauen. Entsprechend wurden Änderungsanträge beschlossen, nach denen

- wir bei G20 mehr waren als eine profilierte „Bürgerrechtspartei“, nämlich Teil der internationalen Solidarität für eine gerechte und friedliche Weltordnung;
- niemand in Hamburg gezwungen sein darf, auf der Straße zu leben;
- wir nicht selber Personal im öffentlichen Dienst einstellen wollen (anders als in der Regierung), sondern dafür kämpfen;
- wir die Abschaffung der Schuldenbremse in Hamburg als Oppositionspartei vorantreiben, um die zerstörerische Austeritätspolitik weltweit zu überwinden;
- wir gegen jegliche Abschiebungen stehen - nicht nur in Kriegs- und Krisengebiete und auch dort, wo DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist;
- wir nicht junge Neumitglieder als Potential zur Erneuerung der Partei instrumentalisieren wollen, sondern „alle herzlich begrüßen! Die LINKE ist kein Wahlverein wie die anderen Parteien, sie ist mit einer egalitären, diskussionsfreudigen und sorgfältigen Parteilkultur die Alternative zum neoliberalen Parteienkartell.“

Zuletzt wurde noch ein Änderungsantrag von Kerstin Fremder-Sauerbeck beschlossen an den Dringlichkeitsantrag »Für einen gründlichen und solidarischen Diskussionsprozess vor der Bürgerschaftswahl 2020« des Landesvorstandes. Es

lagen für den Landesparteitag insgesamt drei Anträge aus Gliederungen und Zusammenschlüssen vor, die nach den Aussagen der Fraktionsvorsitzenden, für Koalitions-Gespräche in Hamburg 2020 offen zu sein, den Oppositionskurs neu festigen wollten. Anders als Bürgerchaftsfraktion und Landesvorstand sprach sich die BMV dafür aus, „dass alle Anträge zum The-

Kurzbericht vom Landesparteitag

Um es vorwegzunehmen: Wie so oft wurde die Tagesordnung nicht vollständig abgearbeitet. Am Samstag konnten die Berichte aus Landesvorstand und Fraktion sowie der Kassenbericht gehalten und diskutiert sowie der Leitantrag für die kommende Wahlperiode diskutiert und beschlossen werden.

Das brauchte mehr Zeit als gewöhnlich, weil allein die Konstituierung des Parteitags mehrere Stunden in Anspruch nahm. Unter anderem, weil diesmal das Präsidium und die Antragskommission des Parteitags geheim und in Einzelwahl bestimmt wurden. Erfreulicherweise kamen dann in den Aussprachen sehr viele Genossinnen und Genossen zu Wort. Einige Änderungsanträge aus dem Bezirk waren vom Landesvorstand redaktionell übernommen worden, andere nicht. Die nicht übernommenen Anträge wurden sämtlich mehrheitlich abgelehnt.

In der Debatte fiel auf, dass es viele gegenseitige Unterstellungen gab, die auf der einen Seite geprägt waren von einem grundsätzlichen Misstrauen gegen alle Funktions- und MandatsträgerInnen der Partei (Stichwort „Regierungsbeteiligung“, aus meiner Sicht eine Absurdität unter den derzeitigen Bedingungen in Hamburg), auf der anderen Seite eine Neigung zur Schönfärberei, alles prima, niemand hat einen Fehler gemacht. Dennoch – so finde ich – haben wir einen Leitantrag beschlossen, der Richtschnur für die kommenden zwei Jahre mit den Bezirks- und Europawahlen im Mai 2019 sowie der Bürgerschaftswahl Anfang 2020 sein kann. Mich persönlich würde es sehr wundern, wenn nach diesen Wahlen auch nur ansatzweise über eine Regierungsbeteiligung diskutiert werden müsste. Mag es vielleicht Menschen in dieser Partei geben, die mit SenatorInnenposten liebäugeln, daraus wird nix!

Der Sonntag war im Wesentlichen von den Neuwahlen zum Landesvorstand geprägt. Der neue Vorstand kann auf der Titelseite besichtigt wer-

menkomplex 'Welt-Interview' vom Landesparteitag behandelt werden.“

Alles in allem eine sehr konstruktive Tagung, die zeigt, wie die linke Parteibasis beherzt in die Entwicklung der Gesamtpartei eingreifen kann.

Alexander Benthin

Die beschlossenen Anträge findet ihr ab Seite 4.



den, Landessprecherin und –sprecher oben. Erfreulicherweise haben wir es mit einer Mischung aus erfahrenen und jungen GenossInnen zu tun, die der Tatsache Rechnung trägt, dass die Partei im letzten Jahr „jünger“ geworden ist, dadurch dass eine ganze Menge junger Menschen beigetreten sind.

Das Ärgernis von vor zwei Jahren wurde allerdings reproduziert: Kris Glaser, der als Bezirksvertreter für HH Mitte von der BMV erneut nominiert worden war, wurde vom Parteitag erneut nicht gewählt. Die Mitte-Delegierten protestierten gegen die Nichtwahl von Kris, der Platz bleibt vorerst unbesetzt. Die nächste BMV wird sich darüber verständigen müssen, wie damit weiter umgegangen werden kann. Meine persönliche Meinung ist, dass wir neue Wege finden müssen, wie die Vertretung der Bezirke im Landesvorstand gesichert werden kann, ohne dass es zu solchen Vorfällen kommt.

Der Parteitag soll zeitnah (noch vor der Sommerpause) an einem Abend mit der Antragsberatung sowie der Wahl der Landesschieds- und Finanzrevisionskommission fortgesetzt werden. Nach Abschluss des Parteitags wird es in der Juli-Ausgabe sicherlich einen ausführlicheren Bericht geben. besel

Beschlüsse der BMV vom 16.05.18

1. Änderungsanträge an die 1. Tagung des 6. Landesparteitages

A01_T03

»DIE LINKE Hamburg in Bewegung – für ein soziales, friedliches, ökologisches und demokratisches Hamburg«

1) Ändere in Zeile 97 ff.:

„Im Zuge des G20 Gipfels konnten wir uns zudem als Bürgerrechtspartei profilieren und haben wir mit der Organisation der zentralen Samstagsdemonstration, als parlamentarische Beobachter*innen sowie unserer Beteiligung an zahlreichen weiteren Aktionsformen den Widerstand gegen die auf den Ausbau von Macht und Profiten ausgerichtete Politik der G20 und die Alternative einer zivilen, gerechten und demokratischen Weltwirtschaftsordnung auf kreative, friedliche und konsequente Weise sichtbar gemacht.“

Begründung: Der G-20-Gipfel wäre auch dann ein Verbrechen gewesen, wenn die Bürgerrechte gewahrt worden wären. Der Protest gegen G 20 sollte nicht als Vehikel benutzt werden, um z. B. ausgerechnet gegenüber dem konservativen Springer-Kampfblatt „Die Welt“ Regierungswilligkeit zu erweisen.

2) Ändere in Zeile 121 ff.:

„Mieten müssen bezahlbar sein. In einer reichen Stadt wie Hamburg ~~sollte~~ darf niemand gezwungen sein, auf der Straße oder in Containern zu leben.“

Begründung: „Sollte“ ist appellativ. Wir meinen, dass in Hamburg niemand gezwungen sein darf, auf der Straße zu leben. Das ist unhintergebarer Maßstab unserer Politik.

3) Ändere in Zeile 150 ff.:

„Wir ~~wollen kämpfen dafür~~, den Personalabbau im öffentlichen Dienst zu stoppen, notwendiges Personal einzustellen und ein Investitionsprogramm für Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr aufzulegen.“

Begründung: Die deutliche Steigerung öffentlicher Investitionen ist ein dringendes Erfordernis. Wir können nicht darauf setzen, einmal in der Regierung zu sitzen und die nötige Mehrheit zu haben, es selbst aufzulegen – nein, wir müssen es von den Herrschenden erkämpfen.

4) Ergänze in Zeile 155:

„Reichtum muss angemessen besteuert und die Zwangsjacke der Schuldenbremse abgeschafft werden. Das begreifen wir als wichtigen Teil der weltweiten Auseinandersetzungen zur Überwindung der zerstörerischen Austeritätspolitik, die nicht zuletzt aus der Bundesrepublik in alle Welt exportiert wird und deren Überwindung die Voraussetzung für sozialen Fortschritt ist – dafür sind und bleiben wir Oppositionspartei.“

Begründung: Solange die Schuldenbremse besteht, werden die Menschen gegeneinander ausgespielt und kommen wir über neoliberale Trostpflästerchen kaum hinaus.

5) Ändere in Z. 172 f:

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Deutschland der deutsche Staat und eben auch der Hamburger Senat Menschen in Kriegs- und Krisengebiete wie Afghanistan abschieben. Das gilt auch für Landesregierungen mit Beteiligung der LINKEN.“

6) Ändere in Z. 203 ff:

„In den letzten zwei Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung für unsere Politik gewachsen und wir haben zahlreiche neue Mitglieder gewonnen – darunter viele junge Menschen. Dieses Potential gilt es für die Stärkung und Erneuerung unserer Partei zu nutzen: Die Neumitgliederarbeit haben wir bereits verstetigt und projektbezogene Ansätze im Landesverband angestoßen, die wir alle herzlich begrüßen! Die LINKE ist kein Wahlverein wie die anderen Parteien, sie ist die Alternative zum neoliberalen Parteienkartell. Mit einer egalitären, diskussionsfreudigen und sorgfältigen Parteikultur ist DIE LINKE das solidarische und emanzipatorische Gegenmodell.“

Begründung: Menschen und erst recht nicht (neue) GenossInnen sind ein „Potential“ oder Mittel zum Zweck. Über sich keinen Herrn und unter sich keinen Knecht sehen wollen ist der Maßstab der Parteikultur und der Veränderung der Gesellschaft.

Diese Anträge wurden teilweise redaktionell übernommen. - red

Zum Dringlichkeitsantrag »Für einen gründlichen und solidarischen Diskussionsprozess vor der Bürgerschaftswahl 2020«:

Die BMV spricht sich dafür aus, dass alle Anträge zum Themenkomplex „Welt-Interview“ vom Landesparteitag behandelt werden.

Dieser Antrag wird bei der Fortsetzung des Parteitags beraten werden. -red

2. Änderungsanträge zum Bundesparteitag in Leipzig

Zum Antrag

„Abrüsten! Deeskalation ist das Gebot der Stunde“ (G.8) des Parteivorstandes:

Ändere in Zeile 18ff.:

„Waffenexporte verbieten!

Die neue alte Bundesregierung aus CDU/CSU/SPD führt die expansive Rüstungsexportpolitik fort. Sie hat **1)** ~~den~~ völkerrechtswidrigen Angriff des türkischen Militärs auf die kurdische Stadt Afrin in Nordsyrien ~~tatenlos zugehen~~ militärisch und auch politisch unterstützt. Während Leopard-2-Panzer aus Deutschland durch Afrin rollen, ~~hat~~ schweigt die Bundesregierung zustimmend geschwiegen. Stattdessen hofiert sie die türkische Diktatur Regierung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Angriffe der Türkei klar zu verurteilen dafür zu sorgen, dass dieser Angriffskrieg ist ein und Bruch des Völkerrechts sofort beendet wird und die türkische Armee bedingungslos Syrien verlässt! Die Zusammenarbeit mit der Türkei, insbesondere im Polizei-, Militär und Geheimdienstbereich, muss beendet werden zu beenden! Die Bundeswehrsoldaten müssen aus der Türkei vollständig abgezogen werden.“

Ändere in Zeile 34ff.:

„Rüstungsexporte aus Deutschland gehen **2)** ~~auch~~ hauptsächlich an Länder, die Militär- und Kriegseinsätze durchführen: USA und Frankreich, Ägypten, Algerien, Israel, die Vereinten Arabischen Emirate, Saudi Arabien und die Türkei werden von Deutschland mit Waffen beliefert. Die BRD ist die viertgrößte Waffenexportmacht der Welt, im Jahr 2017 wurden von deutschen Rüstungskonzernen so viele Waffen in „Krisengebiete“ verkauft wie noch nie, um die geostrategischen Interessen der kapitalistischen NATO-Staaten durchzusetzen. Die Rüstungskonzerne verzeichnen Rekordprofite mit dem tödlichen Geschäft. Eine Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens bombardiert **3)** und blockiert völkerrechtswidrig den Jemen, täglich ~~sterben~~ werden unzählige Zivilistinnen und Zivilisten ermordet. Saudi-Arabien ist der größte Abnehmer deutscher Rüstungsexporte. Die Bundesregierung hat zuletzt den Export von Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien genehmigt. Wir sagen: Nein! Exporte von Waffen und Rüstung an Kriegsparteien müssen sofort gestoppt werden.“

Begründungen

ad 1: Keine Verharmlosung weder der türkischen Diktatur noch der Unterstützung durch die BRD führt zu klareren und konsequenten Forderungen zur Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen in Afrin.

ad 2: „Die Roheit kommt nicht von der Roheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht mehr gemacht werden können.“ (Bertolt Brecht)

ad 3: (Ähnlich wie zu 1.)

Zum Antrag

„80 Jahre nach der Reichspogromnacht“ (G.18) der Emanzipatorischen Linken:

Ändere und ergänze in Zeile 16f.:

Doch diese Pogrome und die darauf folgende industriell organisierte Ermordung von Millionen von Menschen war nicht nur das Werk einzelner Nazis. Ohne die aktive und passive Unterstützung durch die deutsche Bevölkerung Die Übergabe der Macht an die Nazis stützte sich auf ein Bündnis zutiefst reakti-

onärer Eliten und war auch möglich, weil es in breiten Teilen der Bevölkerung Autoritätsglauben, Mitläufertum und soziale Not gab. Die Diktatur musste aber auch gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt werden. Ohne die Verfolgung bis ins Exil und bis in den Suizid, ohne die Einkerkung, Misshandlung und Ermordung von demokratischen Intellektuellen und Künstlerinnen, von aufklärerischen Wissenschaftlern und pazifistischen Publizistinnen, von solidarischen Gewerkschaftern, Sozialdemokratinnen und Kommunisten, alle in ihren unterschiedlichen Bereichen im Einsatz für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden, wären Reichspogromnacht, Shoa und Porajmos (Genozid an den Roma und Sinti) nicht möglich gewesen.

Ergänze nach Zeile 40:

Wir dulden keine Form von Menschenfeindlichkeit und treten ein für eine Welt ohne Antisemitismus! Deshalb beteiligen wir uns bundesweit an den Gedenkveranstaltungen zur Reichspogromnacht und wollen auch mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen zur Erinnerung an die Reichspogromnacht einen Anstoß geben, Antisemitismus entgegen zu treten.

Wir, die LINKE, werden nicht ruhen,
bis die letzte faschistische Organisation verboten,
bis die letzte Rüstungsfabrik in die zivile Güterproduktion konvertiert und
bis ökonomische und politische Macht so demokratisiert ist,
dass jeglicher Hetze, Stigmatisierung und Rohheit ein für alle Mal der Boden entzogen und der Mensch dem Menschen ein Freund ist.

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!

Der Bezirksverband Hamburg-Mitte unterstützt folgende Änderungsanträge des Geraer Sozialistischen Dialogs an den Bundestag in Leipzig zum Antrag „DIE LINKE – Partei in Bewegung“ (L.1) des Parteivorstandes:

1) Ändere in Zeile 160-161 wie folgt:

„Wer die Rechten bekämpfen will, darf ihren Forderungen und ihren Redeweisen nicht nachgeben. Ganz im Gegenteil, wir ~~müssen dagegenhalten~~ greifen ihr sozialdarwinistisches Menschenbild mit unserer stärksten Waffe an: dem Argument. Wir attackieren, wenn sie Menschen gegeneinander aufhetzen und Sündenböcke präsentieren wollen, um vom privaten Reichtum einiger weniger und von der Armut der Vielen abzulenken.“

Begründung: Wer aufhalten, zurückdrängen und überwinden will, muss an die Wurzel gehen.

2) Ändere in Zeile 169-172 wie folgt:

„DIE LINKE zieht hier eine klare Linie: Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen und treten ein für die umfassende Solidarität aller. Wir kämpfen gegen Rassismus und für die soziale Gleichheit aller Menschen. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form von Rassismus: für den Internationalismus von Unten gegen Oben. Wir kämpfen gegen die sozialen Ursachen des Rechtspopulismus und gegen die neoliberale Hoffnungslosigkeit, für einen demokratischen, wirtschaftlich eingreifenden Sozialstaat, die emanzipatorische Bedeutung eines jeden Menschen und damit für Zuversicht und eine erfreuliche Entwicklung aller.“

Begründung: Wir sind eine antifaschistische Partei und streiten für eine Alternative. Wir kämpfen für Verhältnisse, die den Rechten den Boden entziehen.

3) Ergänze in Zeile 172 vor „Gegen die Lügen...“

„Wir kämpfen gegen die sozialen Ursachen des Rechtspopulismus und gegen die neoliberale Hoffnungslosigkeit. Wir kämpfen gegen den Antikommunismus und für die Aktualität der Aussicht auf eine Gesellschaft ohne Konkurrenz und Ausbeutung, ohne Unterdrückung und Entwürdigung, eine Gemeinschaft der Gleichen und der Freien.“

Begründung: Rechts ist Reaktion - was alle rechten Kräfte seit dem 20. Jh. überall in der Welt eint, ist der Antikommunismus. Auch den greifen wir an.

Klagemauer am Tag des Pflegenotstands vor dem AK St. Georg

Pflegebündnis und Volksinitiative in St. Georg weiterhin aktiv gegen den Pflegenotstand!

Der internationale „Tag der Pflege“ am 12. Mai wurde in Hamburg voriges Jahr umbenannt in „Tag des Pflegenotstands“ und dieser wurde jetzt auch vom AK St. Georg öffentlich mit einer Klagemauer begangen. Bündnis-Aktive und Genoss*innen und Genossen waren zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Krankenhaus um die Mittagszeit mit Besucher*innen, Patient*innen und Anwohner*innen des Stadtteils zur miserablen Versorgung im Gespräch. Die kleinen und großen Skandale der Unterversorgung mit Pflegekräften auf den Stationen wurden aufgeschrieben und an die Klagemauer geheftet.

Wie dringend erforderlich der Hamburger Volksentscheid für mehr Personal im Krankenhaus ist, wurde immer wieder hervorgehoben. Dass die Pflegeversorgung in Krankenhäusern – und auch

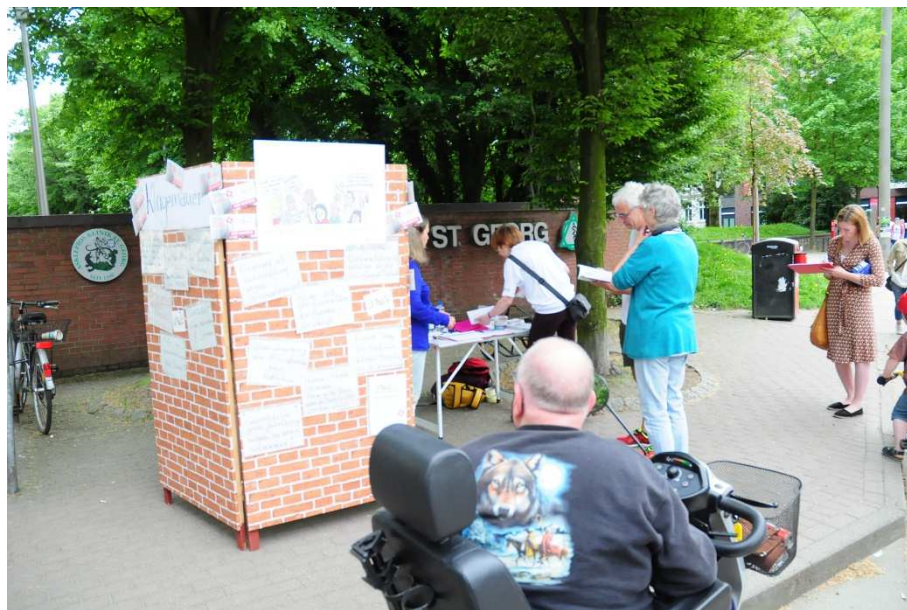


Foto: Hermann Jürgens

in den Alten- und Pflegeheimen – nach Rendite-Gesichtspunkten in Hamburg für miserable Zustände verantwortlich ist, ist der Mehrheit der Hamburger*innen inzwischen klar. Klar ist auch, dass es so nicht weitergehen kann: unsere Gesundheit darf nicht den Profiten geopfert werden.

Öffentliche Anhörung am 7. Juni, 18 Uhr

Der Hamburger Senat kann die vorgeschlagene Änderung des Landeskrankenhaus-Gesetzes der Volksinitiative sofort umsetzen. Zum 7. Juni wird in den Gesundheitsausschuss der Bürgerschaft eingeladen, um die Ziele unserer Volksinitiative vorzustellen und mit den Abgeordneten zu diskutieren. Der Ausschuss tagt um 18 Uhr in der Pat-

riotischen Gesellschaft, Trostbrücke 4-6, Reimarus-Saal.

Aber schon um 17:30 Uhr wird auf dem Rathausmarkt mit einer kleinen bunten Aktion darauf aufmerksam gemacht. Das Bündnis lädt möglichst viele unserer Sympathisantinnen dazu ein!

Umsetzen statt Unterdrücken!

Eine weitere Aktion des Bündnisses sorgte am 24. Mai für öffentliche Aufmerksamkeit: unter dem Motto "Umsetzen statt unterdrücken" fand eine Fahrrad-Demonstration von der BVG Gesundheitsbehörde (Billstraße 80) zum Rathausmarkt statt. Die Botschaft an Senat und Bürgerschaft: Hört auf mit den Schikanen gegen unser Bündnis und einen unserer Sprecher und setzt die Forde-

rungen der Volksinitiative um! Hintergrund waren die Schikanen gegen den Bündnis-Sprecher Axel Hopfmann, der auch Beschäftigter der BGV ist. Siehe Bericht aus dem Abendblatt: <http://www.pflegenotstand-hamburg.de/media/files/2018-04-30-HA-Hamburger-Gesundheitsbehoerde-durchsucht-Mitarbeiter-Computer.pdf>

Kommt zum Gesundheitsrat St. Georg jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat im Stadtteil-Büro, 17 – 18 Uhr. Hier werden alle Aktivitäten zusammen vor- und nachbereitet.

Bericht von der Veranstaltung

„Ist die Abschaffung aller Atomwaffen unrealistisch?“

Über 40 Interessierte nahmen am 2. Mai auf Einladung der BO St. Georg und der AG Frieden und Internationale Politik an der Veranstaltung mit Gästen der „Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN) teil. Dieser von über 450

Organisationen unterstützten Bewegung ist parallel zum Hamburger G-20-Gipfel bei den Vereinten Nationen ein enormer Durchbruch gelungen: Eine Mehrheit von 122 Ländern stimmte für die Annahme des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen. Sobald er von 50 Ländern ratifiziert worden ist, geht er in das Völkerrecht ein.

Zum Einstieg sahen wir kurze Ausschnitte der Reden von Beatrice Fihn, der Generalsekretärin von ICAN, sowie Setsuko Thurlow, Hiroshima-Überlebende und ICAN-Aktivistin, bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN am 10. Dezember 2017 im beeindruckenden Osloer Rathaus. In ihrer Begrüßung hatte Gunhild Berdal zuvor die Gemälde im Osloer Rathaus gewürdigt, in denen die widersprüchliche Geschichte des Landes verarbeitet wird - u.a. mit antifaschistischem Widerstand als auch der Kollaboration mit den Faschisten. Ganz angesehen werden können die sehr gut argumentierten und überaus bewegenden Reden unter: <https://www.youtube.com/watch?v=jdoS8-vnbhM> (in klarem Englisch, ab Minute 44); Gelesen werden kann die Übersetzung unter:

<https://www.icanw.de/neuigkeiten/die-ican-friedensnobelpreisrede/>.

Ute Rippel-Lau und Dietrich Lau, die als Mitglieder der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) die ICAN-Kampagne unterstützen, konnten aufschlussreiche Informationen über die atomare Bewaffnung und die bundesdeutsche Rolle bei den Vereinten Nationen beisteuern. Zwar ist die BRD nicht selbst atomar bewaffnet, dennoch sind im Rahmen „nuklearer Teilhabe“ über die NATO US-Atomraketen im Rheinland-Pfälzischen Büchel stationiert. Diese sollen nun modernisiert werden, das heißt: lenkbar und mit kleineren Sprengköpfen ausgestattet werden (bisher haben sie die 13-fache Zerstörungskraft der Bombe, die 1945 über Hiroshima abgeworfen wurde). Damit sinkt die Hürde für einen tatsächlichen Einsatz!

Mit Bezug auf die Aussage von Beatrice Fihn, dass Atomwaffen keineswegs Sicherheit, sondern ständige Gefahren mit sich bringen, brachten die beiden ein Beispiel aus dem Kalten Krieg: Als in Oslo eine Wetterrakete gestartet wurde, kam es beinahe zu einem „Gegenangriff“, weil die Ankündigung des zivilen Starts nicht rechtzeitig an atomar bewaffnete U-Boote gelangte. In der Diskussion bestätigten unsere Gäste von ICAN, dass die Herstellung von Atomwaffen auch auf immensen Geschäftsinteressen beruht, gegen die ihre Abschaffung durchgesetzt werden muss. Gefragt, was



sie antreibt, antworten sie, dass Politik für sie Medizin im Großen sei: Es gehe um körperliches, kulturelles und soziales Wohlbefinden(!). Auf die im Titel der Veranstaltung gestellte Frage konnten wir nach einem anregenden Austausch antworten: Atomwaffen sind das Unrealistische, ihre Abschaffung ist eine humane Notwendigkeit!

Die Bundesregierung hat sich aus Devotion gegenüber den USA nicht an der Aushandlung des Vertrages beteiligt, was im Widerspruch zu ihrer Selbstverpflichtung steht, zu Völkerverständigung und Abrüstung beitragen zu wollen. ICAN ist sich sicher, dass die Ratifizierung des Vertrages durch 50 Staaten in wenigen Jahren abgeschlossen sein wird, weil nur 9 der 193 Länder in den Vereinten Nationen über Atomwaffen verfügen. Damit wird die Beendigung jeglicher Unterstützung von Atomwaffen einklagbares Recht, auch in Form von Transporten (Hamburger Hafen!) und Stationierung und Modernisierung (Büchel).

Zentrales Ziel von ICAN Deutschland ist es nun, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, den Vertrag mit zu ratifizieren. Dazu beizutragen, müssen wir uns als sozialistische Friedenspartei und Teil der Friedensbewegung zu einem zentralen Ziel machen! Aufklärung über diesen noch zu wenig bekannten Durchbruch und die Möglichkeit, das endgültige Ende des Atomzeitalters zu besiegeln, ist gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zur umfassenden Emanzipation.

„Den Vertretern der Atomwaffenstaaten – und ihren Verbündeten unter dem so genannten ‚nuklearen Schutzschirm‘ sage ich Folgendes: Hören Sie auf unsere Bezeugungen. Beherrzigen Sie unsere Warnungen. Und seien Sie sich bewusst, dass Ihre Handlungen Folgen haben. Sie alle sind ein wichtiger Bestandteil in einem System der Gewalt, das die Menschheit bedroht. [...] Lasst uns einander folgen aus der Dunkelheit des atomaren Schreckens, wenn wir heute Abend mit strahlenden Fackeln durch die Straßen von Oslo marschieren. Wir werden uns weiter bewegen, weiterkämpfen und dieses Licht mit anderen teilen, was für Hindernisse uns auch immer entgegenstehen. Das ist unsere Leidenschaft und unsere Verpflichtung, damit unsere einzige kostbare Welt überleben kann.“ Aus der Rede von Setsuko Thurlow bei der Verleihung des Friedensnobelpreises.
Alexander Benthin

Termine in Wilhelmsburg Juni/Juli 2018

Mit Beteiligung der Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel

Samstag, 9. Juni 2018, 13.00-17.00 Uhr

Tauschmarkt der Anwohnerinitiative Harburger Chaussee

Ort: Harburger Chaussee / Häuserblock

Sonntag, 10. Juni 2018, 11.00 Uhr

Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg Stolpersteine-Rundgang. Auf den Spuren jüdischen Lebens in Wilhelmsburg

Treffpunkt: Stübenplatz / Reiherstiegviertel

Sonntag, 17. Juni 2018, 11.00-13.00 Uhr

DIE LINKE. Sozialberatung mit Frühstück, Kultur und Mehmet Yildiz (MdBü)

Ort: Freizeithaus Kirchdorf-Süd

Dienstag, 19. Juni 2018, 18 Uhr

DIE LINKE: 10 Jahre Bürgerschaftsfraktion Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20)

Marxistische Abendschule - MASCH e.V.

Deutscher Kolonialismus. Gestern und heute?

Unter der Losung „Ein Platz an der Sonne“ versuchte der „zu spät gekommene“ deutsche Imperialismus sich seit den 1880er Jahren doch noch einen Teil der Welt, vor allem in Afrika anzueignen. Mit anderen Mächten konkurrierte das Kaiserreich um Macht und Einfluss. Dieser Konkurrenzkampf führte direkt in den 1. Weltkrieg. Die Verbrechen, die dabei in den deutschen Kolonien begangen wurden, sind größtenteils vergessen und alle ungesühnt. Unsere Tagung erinnert an sie und die Interessen, denen sie dienten. Alles Geschichte, „Schnee von gestern“?

Das heutige Deutschland leistet doch Entwicklungshilfe und müht sich, wo immer es interveniert, z.B. in Mali, für Menschenrechte und Frieden?

Wir kratzen an diesem Bild. Und entdecken dabei, ungeachtet sehr veränderter Bedingungen, Kontinuitäten: was die Interessen, was die Konkurrenten, selbst was die Methoden angeht.

Es referieren:

Dr. Reiner Zilkenat (Berlin) – zur deutschen Flotten- und Kolonialpolitik um 1900 im Kampf um den „Platz an der Sonne“

Georges Hallermayer (Sarreguemines) – zu Grundzügen der deutschen Kolonialpolitik am Beispiel Ostafrikas

Jörg Kronauer (London) – zum deutschen Neokolonialismus

Senfo Tonkam (Mitglied der Black Community Hamburg) – zu den Folgen der neokolonialen Politik für die Menschen Afrikas

Die Tagung findet am **Samstag, 16. Juni 2018 von 10 – 17 Uhr in der Kaffeewelt in der Böckmannstr. 3-4 (St. Georg)** statt. Die Teilnahmegebühr ist 12€ (Mittagsimbiss inkl.), ermäßigt 8€, Anmeldung ist erwünscht an info@marxistische-abendschule.de

Freitag, den 22. Juni, ab 14.30 Uhr

„Perspektiven“/ Bürgerhaus/ Bezirksamt Inselkonferenz Wilhelmsburg-Veddel

Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20)

Sonntag, 24. Juni 2018, ab 12 Uhr (?)

Stadtteilstiftung „Wilhelmsburg gegen Rassismus und Krieg“

Ort: Stübenplatz / Reiherstiegviertel

Samstag, 7. Juli 2018, ab 17.00 Uhr

Nachbarschaftsinitiative Harburger Chaussee Grillfest am Deich

Ort: Harburger Chaussee am Deich

Samstag, 28. Juli 2018, 12 Uhr

DIE LINKE: Das Kinderfest

Ort: Freizeithaus Kirchdorf-Süd
(mehr dazu in der Juli-Ausgabe)



Termine in (und für) Mitte

Montag, 04.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 06.06., 18:30 Uhr

Treffen der BO Billstedt
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 06.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Freitag, 8.6. – Sonntag, 10.6.

Bundesparteitag
Messe Leipzig

Montag, 18.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.06., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 21.06., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
neu: Caffamacherreihe 3-5, Sitzungssaal 11. OG

Dienstag, 26.06. 18 -22 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung zur Auswertung
der Parteitage
Drachenbau Gemeinschaftsraum,
Schmilinskystraße 6 a

Juli 2018

Montag, 02.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 04.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 04.07. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Montag, 16.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.07., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Bitte beachtet auch die Termine im Inneren dieser
Ausgabe.

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Marvin Deutschländer		
Alexander Götz (Schatzmeister)		
Theresa Jakob		
Eva Rosanski		
Antje Schellner		
Marinus J. Stehmeier		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX